



FLASH

Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten im Europäischen Parlament
Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats in the European Parliament
Groupe du Parti Populaire Européen (Démocrates-Chrétiens) et Démocrates Européens au Parlement européen

Internet address: <http://www.epp-ed.org>
<http://www.cdu-csu-ep.de>

Pressedienst - Press Office - Service de Presse

Brüssel, 24. April 2006

Inge Gräßle (EVP-ED/CDU):

EU-Programm zum Kampf gegen vorzeitigen Schulabbruch lässt viele Fragen offen

Als "Musterbeispiel für das gemeinsame Versagen von Kommission und Mitgliedsstaaten" wertet die CDU-Europaabgeordnete und Haushaltskontrolleurin Inge Gräßle den jetzt im Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments vorgestellten Bericht des Europäischen Rechnungshofs über den "Beitrag des Europäischen Sozialfonds ESF zur Bekämpfung des vorzeitigen Schulabbruchs" (Sonderbericht 1/2006).

"Die klassische Kritik des Rechnungshofs an fast allen EU-Programmen finden wir auch in diesem für die künftige Entwicklung der EU überaus wichtigen Feld: eine ungenaue und unvollständige Problemanalyse auf Mitgliedsstaatenebene, damit mangelnde Effizienz bei der Abhilfe auf der Ebene der Nationalstaaten und ein Gewährenlassen durch die Kommission. Sie konzentriert sich auf Formalien wie die Existenz von rechts- und ordnungsgemäßen Verwaltungs- und Kontrollsystemen. Nach den Inhalten der Projekte, ob sie zielgerichtet und sinnvoll sind, fragt kein Mensch. Das ist nicht haltbar", hebt die Europaabgeordnete hervor.

"Die Mitgliedsstaaten tauschen sich, wie der Hof anmerkt, weder über Vorhaben noch über deren Ergebnisse untereinander aus. Es gibt weder einen Vergleich von erfolgreichen oder fehlgeschlagenen Projekten, noch Empfehlungen. Wir sehen, dass eine Koordinierung sogar innerhalb der Mitgliedsstaaten kaum stattfindet. Damit bleibt der Nutzen aus den Programmen fraglich und das eingesetzte Geld verpufft", so Inge Gräßle. "Wenn 4 der 6 geprüften Mitgliedsstaaten keinen Überblick über ihre eigenen Schulabbrecher hatten, weder in der Definition noch der Bestimmung der Zahl oder gar einen abgestuften Maßnahmenplan zwischen der regionalen, nationalen und europäischen Ebene für nötig halten, fragt man sich, was eine europäische Kofinanzierung außer Aktionismus und mangelnder Effizienz des eingesetzten Geldes bringt". Außerdem stelle sich die Frage, wozu es eigentlich im Rahmen der Komitologie-Verfahren zwischen Kommission und Rat die Programmausschüsse gibt und was deren Ergebnisse außer Reisekosten zulasten des EU-Budgets seien. Für die neue Programmphase ab 2007 müsse die Kommission deshalb eine bessere Abstimmung und mehr Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten erreichen.

Hintergrundinformation:

Der Europäische Sozialfonds ESF ist Teil der von den Mitgliedsstaaten in eigener Regie aber in Absprache mit der EU-Kommission verwalteten Strukturfonds. Der Kampf gegen den vorzeitigen Schulabbruch ist ein Herzstück der sog. Lissabon-Strategie zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas. Geprüft wurden Projekte in Spanien (Abbrecherquote zwischen der 5. und 10. Klasse: 30,4% der 18 bis 24jährigen), Frankreich (14,2%), Irland (12,9%), den Niederlanden (15%), Portugal (39,4%) und dem Vereinigten Königreich (16,7%). Deutschland war mit einer Abbrecherquote von 12,8% nicht Gegenstand der Untersuchungen. Geprüft wurde der Programmzeitraum 2000 bis 2003, in dem 489 Mio. Euro ausgegeben wurden; daran ist Deutschland nach der "Faustformel 20%" mit Zahlungen von rund 100 Mio. Euro beteiligt.

Für weitere Informationen: Büro Dr. Inge Gräßle, MdEP, Tel.: +32 - 2 - 2847868

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament
Knut Götz, M.A. / M.E.L.S., Tel.: +32 - 2 - 28 41341 oder +32 - 479 - 972144 (GSM)
Thomas Bickl, M.A. Tel.: +32 - 2 - 28 32002 oder + 32 - 478 - 21 53 72 (GSM)
Lasse Böhm, Tel.: +32 - 2 - 28 40774 oder +32 - 484 - 65 68 97 (GSM)
Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Fax: +32 2 28 49044